

Sparopfer Familie?

Kauder stellt das Elterngeld infrage – Oberfränkische Abgeordnete widersprechen scharf

BERLIN/BAYREUTH
Von Elmar Schatz

Das Elterngeld sei keine Gebärprämie, sagt Familienministerin Kristina Schröder (CDU) – und weist einen Vorstoß von Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) zurück. Er hatte wegen der sinkenden Geburtenzahlen in Deutschland verlangt, Sinn und Wirkung des Elterngeldes in der nächsten Legislaturperiode noch einmal anzuschauen.

„Wir haben keine Überprüfung momentan geplant“, entgegnete eine Sprecherin des Bundesfamilienministeriums auf Anfrage. Schröder sagte dazu: „Es gibt kaum ein Gesetz in Deutschland, das so regelmäßig überprüft wird wie das Elterngeld.“ Dass immer weniger Kinder geboren würden, liege an der sinkenden Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter. Die Familienministerin betont: „Ich habe niemals gesagt, dass der Sinn des Elterngeldes ist, die Geburtenrate zu steigern.“

Sollte das Elterngeld überprüft oder gar wieder abgeschafft werden? „Nein, auf gar keinen Fall“, sagt die Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme auf Anfrage unserer Zeitung. „Die SPD steht zum Elterngeld“, betont sie. Kauders Ankündigung zeige, dass die Union die Bedürfnisse von Familien nicht verstehe und auf Kosten der Familien sparen wolle. Ziel des Elterngeldes sei es, die Lebensbedingungen von Familien zu verbessern, die Väterbeteiligung zu erhöhen und eine schnellere Rückkehr der Mütter ins Erwerbsleben zu ermöglichen. Kramme stellt fest: „Diese Ziele sehe ich als erfüllt an. Die Geburtenstatistiken sollten beim Elterngeld kein Gradmesser sein.“

Es sei legitim, politische Leistungen auf Effektivität hin zu überprüfen – auch wenn sich die Sinnhaftigkeit des von der großen Koalition eingeführten Elterngelds kaum daran bemesse, ob die Geburtenrate steigt, meint der FDP-Abgeordnete Sebastian Körber (Forchheim). Seine plötzliche Skepsis gegenüber dem Elterngeld halte Kauder nicht davon ab, gleichzeitig die

Einführung des Betreuungsgeldes einzufordern. Bevor etwas abgeschafft oder neu eingeführt werde, sollte erst einmal die im Koalitionsvertrag verankerte „Wirkungsuntersuchung der familienpolitischen Leistungen“ vorgelegt werden, so Körber.

Familienpolitik müsse langfristig angelegt und verlässlich sein, hebt Finanz-Staatssekretär Hartmut Koschyk (CSU/Bayreuth) hervor. Er betont: „Für mich hat sich das Elterngeld bewährt.“ Gerade die starke Nachfrage nach den zwei „Vätermonaten“ sei für ihn ein großer Erfolg. Daher plädiere er dafür, das Elterngeld in der bisherigen Form fortzuführen.

Statt jetzt das Elterngeld anzugreifen, sollte Kauder „lieber unsinnige Leistungen wie das Betreuungsgeld beerdigen“, sagt die oberfränkische Grünen-Abgeordnete Elisabeth Scharfenberg. Anders als das Betreuungsgeld sei das Elterngeld eine besonders akzeptierte Familienleistung, die echte Verbesserung für die Situation junger Familien bringe. Das Elterngeld sei eine Wertentscheidung

und für das erste Lebensjahr eine wichtige und richtige Maßnahme.

Nie wurden in der Bundesrepublik weniger Babys geboren als 2011: Vergangenes Jahr kamen bundesweit 663 000 Kinder zur Welt, 15 000 oder 2,2 Prozent weniger als 2010. Das waren nicht einmal halb so viele wie 1964. Damals wurden 1,4 Millionen Babys geboren. Mit Material von dpa

HINTERGRUND

Das Elterngeld gibt es seit Anfang 2007. Es löste das Erziehungsgeld ab. Ein Elternteil kann mindestens zwei Monate und höchstens zwölf Monate Elterngeld in Anspruch nehmen. Alleinerziehende können das Geld volle 14 Monate beziehen. Gezahlt werden mindestens 300 Euro und höchstens 1800 Euro monatlich. Das Elterngeld beträgt 67 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens der letzten zwölf Monate vor Geburt des Kindes. Kein Elterngeld bekommen Eltern mit einem Einkommen von mehr als 500 000 Euro im Kalenderjahr vor der Geburt des Kindes. red